

Schnabl/Rassinger

Warenursprung & Zollpräferenzen in der Praxis

**Praxishandbuch für präferenzielle,
nichtpräferenzielle und
innergemeinschaftliche Lieferungen**

Praxishandbuch für Exporteure und Importeure

**Mit praxismgerechten Erläuterungen, Übersichten,
Beispielen, Formularen & Checklisten!**

inkl.
10. Aktualisierungslieferung 2/2018

www.kitzler-verlag.at



KITZLER VERLAG

Zoll ✓ Transport ✓ Gefahrgut ✓ Export ✓ Import

VLB – Verzeichnis Lieferbarer Bücher

Ein Titelsatz für diese Publikation ist bei dem
VLB Verzeichnis Lieferbarer Bücher erhältlich.

Grundwerk inkl. 10. Aktualisierungslieferung/Stand: 1. 2. 2018

© **Verlag Kitzler Ges.m.b.H.**

Uraniastraße 4
1010 Wien
Telefon: (01) 713 53 34-0
Fax: (01) 713 53 34-85
Mail: office@kitzler-verlag.at
Internet: www.kitzler-verlag.at

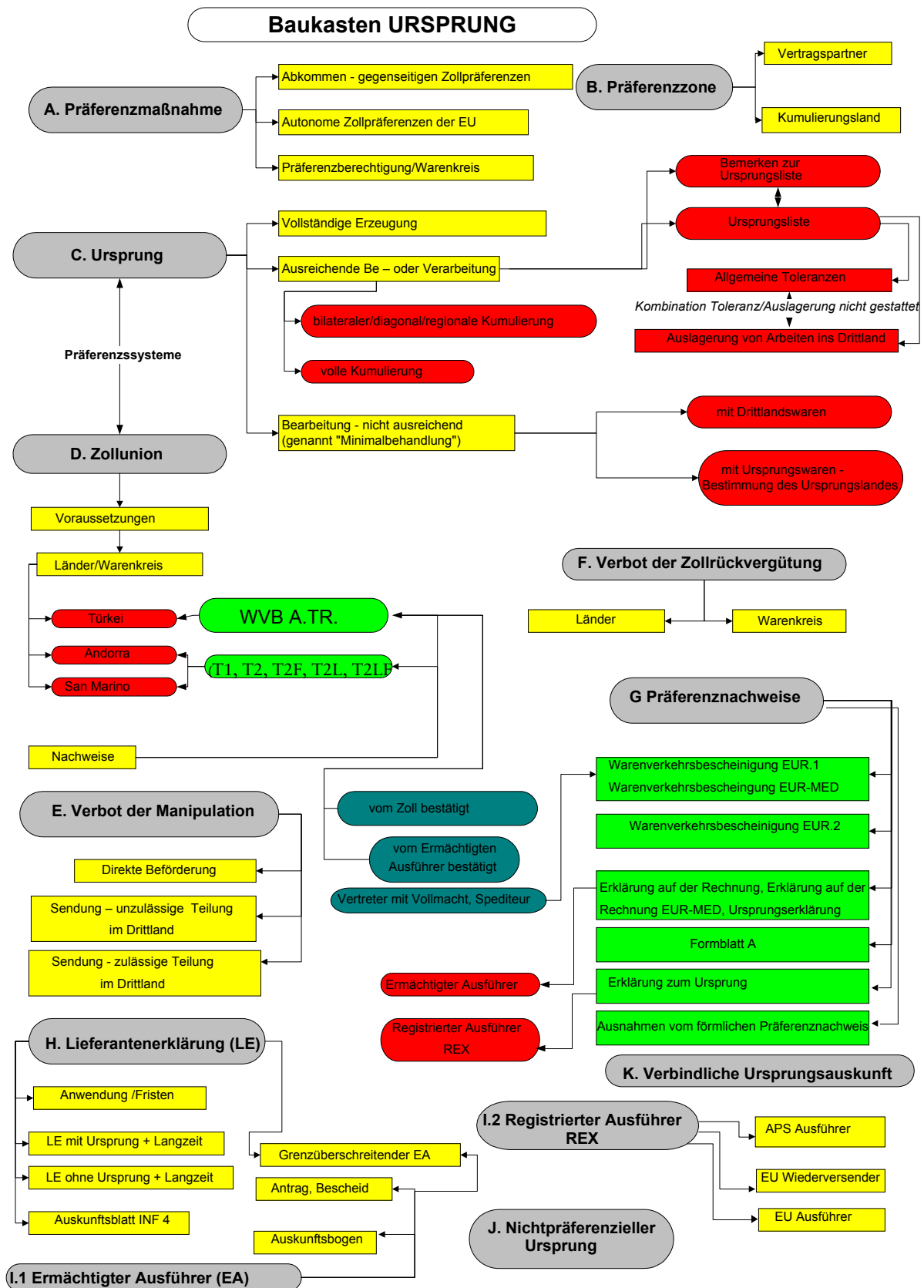
Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Weise (Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet oder vervielfältigt werden.

Dieses Werk wurde mit höchster Sorgfalt erstellt. Dennoch sind eine Haftung des Verlages oder der Autoren ausgeschlossen.

Satz: **zauberformel** | Mag. Karlheinz Hoffelner, www.zauberformel.at
Umschlaggestaltung: esterer und horn visuelle gestaltung | mag. christine horn, 1020 Wien
Herstellung: paco | fact, 1160 Wien

Printed in Austria 2018
ISBN: 978-3-902586-29-2

BAUKASTEN URSPRUNG



Abschnitt I

Warenursprung und Präferenzen

Inhalt

A. PRÄFERENZMASSNAHME	I-3
B. PRÄFERENZZONE	I-22
C. BESTIMMUNG DES URSPRUNGS UND BEGRIFFS- BESTIMMUNGEN	I-28
D. ZOLLUNION	I-58
E. VERBOT DER MANIPULATION	I-82
F. VERBOT DER ZOLLRÜCKVERGÜTUNG (DRAWBACK VERBOT)....	I-85
G. PRÄFERENZNACHWEISE	I-88
H. LIEFERANTENERKLÄRUNG (LE)	I-114
I. SELBSTZERTIFIZIERUNG (ERMÄCHTIGTER AUSFÜHRER, REGISTRIERTE AUSFÜHRER IM UND AUSSERHALB DES APS)....	I-129
J. NICHTPRÄFERENZIELLER URSPRUNG	I-137
K. VERBINDLICHE URSPRUNGSAUSKUNFT (VUA)	I-146
L. RECHTSGRUNDLAGEN DER URSPRUNGSPROTOKOLLE IN DEN EU-PRÄFERENZMAßNAHMEN.....	I-149
M. URSPRUNGSPROTOKOLLE UND URSPRUNGLISTEN	I-153
N. FORMULARE	I-154

A. PRÄFERENZMASSNAHME

Es ist immer zuerst die Feststellung zu treffen, ob zwischen der EU und einem bestimmten Land überhaupt ein internationales Abkommen besteht oder ob eine autonome Begünstigung gewährt wird. Dabei kommen zwei verschiedene Prinzipien in Betracht und zwar das Ursprungsprinzip (siehe Abschnitt C) und das Freiverkehrsprinzip (= Zollunion; siehe Abschnitt D). Während für Ursprungserzeugnisse bzw. Waren der Zollunionen bei den internationalen Abkommen Zollpräferenzen gegenseitig gewährt werden, gibt bei den autonomen Begünstigungen nur die EU einseitig Zollpräferenzen für Ursprungswaren.

Hinweis:

Das aktuelle Ausmaß der Zollpräferenz (Zollsatz) und eventuelle Handelsbeschränkungen können der EK Homepage entnommen werden – siehe: http://ec.europa.eu/taxation_customs/dds2/taric/taric_consultation.jsp

A.1 ABKOMMEN DER EU MIT GEGENSEITIGEN ZOLLPRÄFERENZEN

Ägypten (PEM und Konvention)	Jordanien (PEM)	Tunesien (PEM)
Algerien (PEM)	Kanada (CETA)	Türkei (Agrar, EGKS und PEM)***)
Albanien (SAP und Konvention)	Kosovo (SAP und Konvention)	Ukraine
Anden Staaten (Peru, Kolumbien, Ecuador)	Libanon	Westjordanland und Gazastreifen (PEM und Konvention)
Andorra (HS Kap. 1 bis 24)	Liechtenstein (EFTA, EWR, PEM und Konvention)	WPA – Cariforum
Andorra (HS. Kap. 25 bis 97) Zollunion *)	Marokko (PEM)	WPA – EAC Staaten (siehe Pkt. A.1.6.5)
Bosnien und Herzegowina (SAP und Konvention)	Mexiko	WPA – ESA Staaten
Ceuta und Melilla (in allen Präferenzmaßnahmen der EU integriert)	Moldau (Konvention)	WPA – Pazifik Staaten
Chile	Montenegro (SAP und Konvention)	WPA – SADC Staaten
Färöer Inseln (PEM und Konvention)	Norwegen (PEM, EFTA, EWR und Konvention)	WPA – Westafrika (siehe Pkt. A.1.6.7)
FYRoM (SAP und Konvention)	San Marino (Zollunion) **)	WPA – Zentralafrika (siehe Pkt. A.1.6.6)
Georgien	Schweiz (EFTA, PEM und Konvention)	Zentralamerika
Island (PEM, EFTA, EWR und Konvention)	Serbien (SAP und Konvention)	
Israel (PEM)	Südafrika (bis 9.10.2016 danach WPA – SADC)	

*) Für Waren der Kapitel 25 bis 97 des Zolltarifs besteht mit Andorra eine Zollunion (siehe Abschnitt D)

**) Für alle Waren mit Ausnahme der EGKS Waren besteht mit San Marino eine Zollunion (siehe Abschnitt D)

***) Die Agrar und EGKS Waren sind unter den Punkten D.3.2 bzw. D.3.3 in Tabellenform angeführt

Zwecks Nutzung der Kumulierungsmöglichkeiten (siehe Pkt. C.2.5) sind bestimmte Staaten in nachfolgend angeführte Staatengruppen zusammengefasst.

A.1.1 EWR

EU, Norwegen, Island und Liechtenstein.

Hinweis:



Die Schweiz ist kein EWR Staat. Der Vorteil der vollen Kumulierungsmöglichkeit (siehe Pkt. C.2.5.2) im EWR Abkommen kann daher im Warenverkehr mit der Schweiz nicht genutzt werden.

A.1.2 EFTA

Norwegen, Island, Schweiz (in Zollunion mit Liechtenstein).

A.1.3 Paneuromed (PEM)

EU, EFTA, EWR, Türkei, Färöer und die EUR-MED Staaten sind durch die Kumulierungsbestimmungen (siehe Pkt. C.2.5) als bilaterale bzw. diagonale Präferenzzone (siehe Pkt. B.4) verbunden.

A.1.4 Konvention (Regionales Übereinkommen über die PEM Präferenzursprungsregeln)

EU, EFTA, EWR, Türkei, Färöer, SAP Staaten, Moldau und die EUR-MED Staaten sind durch die Kumulierungsbestimmungen (siehe Pkt. C.2.5) als bilaterale bzw. diagonale Präferenzzone (siehe Pkt. B.4) verbunden. Ukraine und Georgien haben einen Antrag zur Aufnahme gestellt und diese Staaten werden zukünftig auch in die Konvention aufgenommen.

Hintergrundinformation:

Zwischen der EU, EFTA, EWR, der Türkei, den PanEuroMed Staaten, den SAP Staaten, Moldau, Georgien und den Färöer Inseln besteht derzeit ein Netzwerk aus Ursprungsprotokollen die auf Grund der jeweiligen Kumulierungsbestimmungen unterschiedliche bilaterale (z.B. Abkommen EU – Ägypten bei Nichtbeachtung des Verbotes der Zollrückvergütung) und diagonale (z.B. EU – SAP Staaten, EU – PanEuroMed Staaten) Präferenzzonen zur Folge haben. Änderungen (z.B. neue Ursprungsregeln) bzw. Anpassungen (z.B. an das HS System) sind mühsam und zeitaufwendig weil diese in allen Ursprungsprotokollen durchzuführen sind.

Um den Aufwand zu vereinfachen und um eine einzige Präferenzzone zu schaffen wurde ein einheitliches Ursprungsprotokoll geschaffen welches als „Konvention“ bezeichnet wird. Die EU ist am

1. Mai 2012 der Konvention beigetreten und die Veröffentlichung erfolgte am 26. Februar 2013 im ABl. Nr. L 54. Die Konvention ist nach der Ratifikation von 3 Vertragsparteien (NO, CH und LI) am 1. Jänner 2012 in Kraft getreten. Vertragsparteien, für die die Regionale Konvention in Kraft getreten ist, sind berechtigt am Gemeinsamen Ausschuss teilzunehmen und dabei zukünftige Entscheidungen (z.B. Anpassung des Ursprungsprotokolls; Aufnahme von neuen Vertragspartnern) zu treffen. Das Inkrafttreten hat keinen Einfluss auf die Anwendung der Ursprungsregeln der Regionalen Konvention. Die Anwendung ergibt sich aus dem jeweiligen Stand der diagonalen Kumulierungsmöglichkeiten (siehe Pkt. B.4).

A.1.5 SAP Staaten (Westbalkan Staaten)

Im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) hat die EU Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Staaten des westlichen Balkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien) geschlossen. Die vorgenannten Staaten sind mit der EU und der Türkei als diagonale Präferenzzone (siehe Pkt. B.5) verbunden.

A.1.6 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA)

Auf Basis des am 1.4.2003 (ABl. Nr. L 83 vom 1.4.2003) in Kraft getretenen Partnerschaftsabkommens (genannt „Cotonou Abkommen“ – im ABl. Nr. L317 vom 15.12.2000 verlautbart) zwischen der EU und einer Gruppe von insgesamt 77 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP Staaten) wurden für Waren (abgesehen von bestimmten Agrarerzeugnissen) mit Ursprung in den AKP-Staaten bei der Einfuhr in die EU Zollpräferenzen gewährt. Das vorgenannte Abkommen endete am 31.12.2007 und wurde nicht mehr verlängert. Die Beendigung wurde am 16.11.2007 im Amtsblatt der EU Nr. C 275 mitgeteilt.

Die EU hat schrittweise neue Handelsvereinbarungen für diese AKP Staaten im Rahmen der nachfolgend angeführten WPA getroffen. Um bestimmten Staaten bis zum Inkrafttreten der WPA auch weiterhin Zollpräferenzen gewähren zu können wurde die MAR Verordnung (EU) 2016/1076 vom 8. Juni 2016 (ABl. Nr. L 185 vom 8.7.2016) erlassen (siehe Pkt. A.2.1).

A.1.6.1 WPA CARIFORUM

Das WPA zwischen der EU und den nachstehend angeführten CARIFORUM Staaten wurde im ABl. Nr. L 289 vom 30.10.2008 verlautbart (die Bestimmungen betreffend den Ursprung der Waren sind im Protokoll Nr. 1 angeführt) und wird laut Mitteilung vom 31.12.2008 im ABl. Nr. L 352 ab dem 29.12.2008 angewandt:

Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada (einschließlich Südliche Grenadinen), Guyana, Jamaika, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Surinam, Trinidad und Tobago.

Sonderfall Haiti:

Haiti hat als einziges CARIFORUM Land das WPA nicht unterzeichnet wodurch für Haiti derzeit eine Präferenzbegünstigung nur für Ursprungswaren im Rahmen des APS möglich ist.

A.1.6.2 WPA Pazifik Staaten WPA

Das WPA zwischen der EU und den Pazifik-Staaten (zu denen die Fidschi Inseln und Papua-Neuguinea zählen) wurde unter ABl. Nr. L 272 am 16.10.2009 verlautbart. Laut Mitteilung im ABl. Nr. C 125 vom 13. Mai 2010 wird das Abkommen vorläufig ab 20. Dezember 2009 mit Papua-Neuguinea angewendet. Für die Fidschi Inseln gilt das Abkommen ab 28.7.2014 (Verlautbarung im ABl. Nr. L 228 vom 31.7.2014).


A.1.6.3 WPA ESA Staaten (östliches und südliches Afrika) WPA

Das WPA zwischen der EU und den ESA-Staaten (zu denen die Komoren, Madagaskar, Mauritius, Sambia, die Seychellen und Simbabwe zählen) wurde unter ABl. Nr. L 111 am 24.4.2012 verlautbart. Laut Mitteilung im ABl. Nr. L 125 vom 12.5.2012 wird das WPA vorläufig ab 14.5.2012 mit Madagaskar, Mauritius, Seychellen und Simbabwe angewendet. Für die Komoren und Sambia ist das WPA noch nicht anwendbar wodurch für diese Staaten derzeit eine Präferenzbegünstigung nur für Ursprungswaren im Rahmen des APS möglich ist.

A.1.6.4 WPA SADC Staaten

Das WPA zwischen der EU und den SADC Staaten (zu denen Botswana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Swasiland und Südafrika zählen) wurde unter ABl. Nr. L 250 am 16.9.2016 verlautbart. Laut Mitteilung im ABl. Nr. L 274 vom 11.10.2016 wird das WPA vorläufig ab 10.10. 2016 mit Botswana, Lesotho, Namibia, Swasiland und Südafrika. Für Mosambik findet das WPA laut Mitteilung im ABl. Nr. 38 vom 10.2.2018 ab 4.2.2018 Anwendung.

Hinweis für Südafrika:



Das Protokoll Nr. 1 (Ursprungsprotokoll) des Abkommens zwischen der EU und Südafrika (verlautbart im ABl. Nr. L 311 vom 4.12.1999) ist ab 10.10.2016 nicht mehr anwendbar.

A.1.6.5 WPA EAC Staaten (noch nicht in Kraft getreten)

Das WPA zwischen der EU und den EAC Staaten (Burundi, Ruanda, Tansania, Kenia, Uganda) wurde am 16.10.2014 paraphiert ist aber bis dato noch nicht in Kraft getreten.

A.1.6.6 WPA Zentralafrika (derzeit nur Kamerun)

Kamerun hat als einziger Staat Zentralafrikas mit der EU ein Übergangsabkommen für ein WPA abgeschlossen welches am 28.2.2009 im ABl. Nr. L 57 verlautbart wurde und seit 4.8.2014 (ABl. L 254 vom 28.8.2014) vorläufig angewandt wird.


Im Artikel 13 (Ursprungsregeln) des Abkommens ist vorgesehen, dass dem Abkommen vom WPA-Ausschuss ein Anhang (Ursprungsprotokoll) mit einer auf Gegenseitigkeit beruhenden gemeinsamen Regelung für die Ursprungsregeln beigefügt wird. Dies sollte mit der vorläufigen Anwendung dieses Abkommens geschehen ist aber bis dato nicht erfolgt. Demnach sind in dieser Übergangssituation für Kamerun und die EU die MAR Ursprungsregeln (siehe Pkt. A.2.1) anzuwenden.

A.1.6.7 WPA Westafrika

Die Verhandlungen über ein WPA wurden zwar abgeschlossen jedoch ist noch unklar, wann und in welcher Form dieses WPA in Kraft treten soll. Der Begriff "Westafrika" umfasst die Länder Benin, Burkina Faso, Cape Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Mauritien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo sowie die ECOWAS (Economic Community of West African States) und die UEMOA (West African Economic and Monetary Union).

Für Benin, Burkina Faso, Cape Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Mauritien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo ist derzeit eine Präferenzbegünstigung nur für Ursprungswaren im Rahmen des APS möglich. Für Côte d'Ivoire und Ghana gelten derzeit zusätzlich noch die MAR Ursprungsregeln (siehe nachfolgenden Hinweis).

Hinweis für Côte d'Ivoire und Ghana:



Ein Interims-WPA zwischen der EU und Côte d'Ivoire wurde am 3.3.2009 im ABl. Nr. L 59 verlautbart. Solange sich die Vertragsparteien auf keine WPA Ursprungsregeln einigen, gelten gemäß Artikel 14 dieses WPA die Ursprungsregeln nach den MAR Bestimmungen (siehe Pkt. A.2.1).

Ein Interims-WPA zwischen der EU und Ghana wurde am 21.10.2016 im ABl. Nr. L 287 verlautbart und wird ab dem 15.12.2016 vorläufig angewandt (ABl. Nr. L 340 vom 15.12.2006). Das Interims WPA enthält noch kein Ursprungsprotokoll und daher gelten gemäß Artikel 14 dieses WPA die Ursprungsregeln nach den MAR Bestimmungen (siehe Pkt. A.2.1). Erst wenn in das Interims WPA ein Ursprungsprotokoll aufgenommen wird finden die MAR Bestimmungen keine Anwendung mehr.

A.1.7 Zentralamerika

Die Bezeichnung „Zentralamerika“ umfasst die Republiken Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama. Das Abkommen EU-Zentralamerika wurde am 15. Dezember 2012 im ABL. Nr. L 346 verlautbart und findet wie folgt Anwendung:

Am 31. Juli 2013 wurde im ABL. Nr. L 204 mitgeteilt, dass das Abkommen (der Handelsteil) für Panama, Honduras und Nicaragua mit 1. August 2013 vorläufig Anwendung findet.

Am 28. September 2013 wurde im ABL. Nr. L 257 mitgeteilt, dass das Abkommen (der Handelsteil) für El Salvador und Costa Rica mit 1. Oktober 2013 vorläufig Anwendung findet.

Am 26. November 2013 wurde im ABL. Nr. L 135 mitgeteilt, dass das Abkommen (der Handelsteil) für Guatemala mit 1. Dezember 2013 vorläufig Anwendung findet.

A.1.8 Anden Staaten

Das Handelsabkommen zwischen der EU, Kolumbien und Peru (genannt „Anden Abkommen“) wurde am 21.12.2012 im ABL. Nr. L 354 verlautbart. Das Anden Abkommen findet für Peru seit 1.3.2013 (verlautbart im ABL. Nr. L 56 vom 28.02.2013) und für Kolumbien seit 1.8.2013 (verlautbart im ABL. Nr. L 201 vom 26.7.2013) vorläufig Anwendung.

Ecuador ist dem Anden Abkommen beigetreten und die Details dazu wurden als Beitrittsprotokoll am 24.12.2016 im ABL. Nr. L 356 verlautbart. Nachdem die Voraussetzungen des Artikels 27 Abs. 4 des Beitrittsprotokolls erfüllt wurden (verlautbart im ABL. Nr. L 358 vom 29.12.2016), findet das Anden Abkommen für Ecuador mit 1.1.2017 vorläufige Anwendung.

A.1.9 Kanada (CETA)

Im Amtsblatt der EU Nr. L 11 wurde am 14. Jänner 2017 das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement – CETA) zwischen der EU und Kanada verlautbart. Am 16.9.2017 erfolgte im Amtsblatt der EU Nr. L 238 die Mitteilung darüber, dass das **CETA Abkommen seitens der Union ab dem 21. September 2017 vorläufig angewandt** wird.

Die Protokolle im CETA Abkommen sind im Rechtstext selbst nicht gekennzeichnet und demnach wurde auch dem Protokoll über die Ursprungsregeln und Ursprungsbestimmungen (Ursprungsprotokoll) keine Nummer bzw. kein Buchstabe zugeteilt. Das Ursprungsprotokoll befindet sich im Amtsblatt der EU Nr. L 11 vom 14.1.2017 auf den Seiten 465 bis 566.

Um von den Zollpräferenzen profitieren zu können müssen die im CETA festgelegten Ursprungsregeln erfüllt werden. Diese Ursprungsregeln sind, wie in jedem Präferenzabkommen der EU, ein Schlüsselement wobei im CETA Abkommen viele Bereiche selbst nicht ausreichend geregelt wurden. Demnach hat die EU Kommission eine Projektgruppe “Guidance for rules of origin in CETA” eingerichtet die Leitlinien (Guidance) erstellt und diese auch mit dem Kanadischen Zoll abstimmt.

Die erste Leitlinie beinhaltet Bereiche die für die praktische Zollabwicklung ab 21.9.2017 unbedingt erforderlich sind und steht unter nachfolgendem Link nur in englischer Sprache (eine deutsche und eine französische Sprachfassung soll folgen) zur Verfügung:

https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/calculation-customs-duties/rules-origin/general-aspects-preferential-origin/canada_en

Auf der Homepage des kanadischen Zolls befinden sich nachfolgende Links zum Thema Präferenzzölle für EU Ursprungswaren:

<http://www.cbsa-asfc.gc.ca/trade-commerce/tariff-tarif/2017/01-99/01-99-t2017-5-eng.pdf>

<http://www.cbsa-asfc.gc.ca/trade-commerce/tariff-tarif/2017/menu-eng.html>

Die CETA Ursprungsregeln folgen nur teilweise den aus den bisherigen Freihandelsabkommen der EU bekannten Ursprungsregeln und weichen in vielen Bereichen erheblich ab. Diese Abweichungen wurden in dieses Buch eingearbeitet.

A.2 AUTONOME BEGÜNSTIGUNGEN DER EU

Die EU gewährt nachfolgenden Staaten autonome (einseitige) Begünstigungen:

Andorra	Moldau	ÜLG Staaten
APS Staaten	SAP Staaten	
MAR Staaten	Syrien	

Die präferenziellen Warenverkehre mit Andorra (nur für Waren HS Kapitel 1 bis 24) und Syrien basieren zwar auf Basis von Abkommen, wobei diese aber keine gegenseitige Zollpräferenz vorsehen.

Zwecks Nutzung der Kumulierungsmöglichkeiten (siehe Pkt. C.2.5) sind bestimmte Staaten in sogenannten Staatengruppen zusammengefasst. Bei den nachstehend angeführten autonomen Begünstigungen handelt es sich um die AKP (MAR), ÜLG und APS Staaten. Im Bereich der Abkommen liegen folgende Staatengruppen vor:

A.2.1 MAR Staaten

Auf Basis des am 1.4.2003 (ABl. Nr. L 83 vom 1.4.2003) in Kraft getretenen Partnerschaftsabkommens (sogenanntes „Cotonou Abkommen“- Text des Abkommens wurde im ABl. Nr. L317 vom 15.12.2000 verlautbart) zwischen der EU und einer Gruppe von insgesamt 77 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP Staaten) wurden für Waren (abgesehen von bestimmten Agrarerzeugnissen) mit Ursprung in den AKP-Staaten bei der Einfuhr in die EU Zollpräferenzen gewährt. Das vorgenannte Abkommen endete am 31.12.2007 und wurde nicht mehr verlängert. Die Beendigung wurde am 16.11.2007 im Amtsblatt der EU Nr. C 275 mitgeteilt.

Die EU hat neue Handelsvereinbarungen für diese AKP Staaten im Rahmen von WPA (siehe auch Pkt. A.1.6) getroffen. Um diesen Staaten bis zum Inkrafttreten der WPA auch weiterhin Zollpräferenzen gewähren zu können wurde die MAR Verordnung (EG) Nr. 1528/2007 vom 20.12.2007

(ABl. Nr. L 348 vom 31.12.2007) erlassen. Auf Basis dieser MAR gewährt die EU für Waren mit MAR Ursprung diesen Staaten einseitig Zollpräferenzen.

Die Verordnung (EG) Nr. 1528/2007 wurde in den letzten Jahren mehrfach und erheblich geändert. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit erfolgte durch die Verordnung (EU) 2016/1076 vom 8. Juni 2016 (ABl. Nr. L 185 vom 8.7.2016) eine Neufassung der MAR-Verordnung und sie findet auf folgende Staaten Anwendung:

Staat	Anwendungsbeginn	Anwendungsende
Antigua und Barbuda (Cariforum)	1.1.2008	
Bahamas (Cariforum)	1.1.2008	
Barbados (Cariforum)	1.1.2008	
Belize (Cariforum)	1.1.2008	
Botsuana (SADC)	1.1.2008	
Burundi	1.1.2008	30.9.2014
Dominica (Cariforum)	1.1.2008	
Dominikanische Republik (Cariforum)	1.1.2008	
Elfenbeinküste	1.1.2008	
Fidschi Inseln (Pazifik)	1.1.2008	
Ghana	1.1.2008	
Grenada (Cariforum)	1.1.2008	
Guyana (Cariforum)	1.1.2008	
Haiti (APS)	1.1.2008	30.9.2014
Jamaika (Cariforum)	1.1.2008	
Kamerun *)	1.1.2008	
Kenia	1.1.2008 25.12.2014	30.9.2014 bis 24.12.2014
Komoren	1.1.2008	30.9.2014
Lesotho (SADC)	1.1.2008 16.9.2017	30.9.2014 bis 15.9.2017
Madagaskar (WPA)	1.1.2008	
Mauritius (WPA)	1.1.2008	
Mosambik (WPA)	1.1.2008 16.9.2017	30.9.2014 bis 15.9.2017
Namibia (SADC)	1.1.2008	
Papua Neuguinea (Pazifik)	1.1.2008	
Ruanda	1.1.2008	30.9.2014
Sambia	9.12.2008	30.9.2014
Seychellen (WPA)	1.1.2008	
Simbabwe (WPA)	1.1.2008	
St. Kitts und Nevis (Cariforum)	1.1.2008	
St. Lucia (Cariforum)	1.1.2008	
St. Vincent und Grenadinen (Cariforum)	1.1.2008	
Surinam (Cariforum)	1.1.2008	
Swasiland (SADC)	1.1.2008	
Tansania	1.1.2008	30.9.2014
Trinidad und Tobago (Cariforum)	1.1.2008	
Uganda	1.1.2008	30.9.2014

*) Kamerun – siehe Pkt. A.1.6.6

Bei den Staaten, mit denen bereits ein WPA in Kraft getreten ist, findet bezüglich der Ursprungsregeln und den Zollpräferenzen nicht mehr die MAR-Verordnung sondern das jeweilige WPA (siehe Pkt. A 1.6) Anwendung. Diese Staaten sind aber auch weiterhin von der MAR erfasst damit sie nicht die in den WPA vorgesehenen diversen Kumulierungsmöglichkeiten verlieren.

A.2.2 APS Staaten

Die Verordnung (EU) Nr. 978/2012 vom 25.10.2012 (ABl. Nr. L 303 vom 31.10.2012) unterscheidet zwischen förderfähigen Staaten (Anhang I) und begünstigten Staaten (Anhang II). Eine Zollpräferenz und auch gegebenenfalls die Teilnahme an der regionalen Kumulierung ist ab 1.1.2014 nur mehr für die begünstigten APS Staaten (Anhang II) vorgesehen. Die Verordnung wurde im Hinblick auf Anhang II wie folgt berichtigt:

- Änderung des Anhanges II (Liste der begünstigten APS-Staaten) durch Delegierte VO (EU) Nr. 154/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2012 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen; gültig mit 22.2.2014
- Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1421/2013 der Kommission vom 30. Oktober 2013 zur Änderung der Anhänge I, II und IV der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen
- Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1015/2014 der Kommission vom 22. Juli 2014 zur Änderung der Anhänge II und III der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen und zur Aufhebung der delegierten Verordnung (EU) Nr. 154/2013 der Kommission
- Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1016/2014 der Kommission vom 22. Juli 2014 zur Änderung des Anhangs II der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen
- Delegierte Verordnung (EU) 2015/1979 der Kommission vom 28. August 2015 zur Änderung der Anhänge II, III und IV der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen
- Delegierte Verordnung (EU) 2017/217 der Kommission vom 5. Dezember 2016 zur Änderung des Anhangs II der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen.

Nachfolgend ein konsolidierter Stand (Februar 2018) des Anhanges II (begünstigte APS Staaten) erstellt auf Basis der vorgenannten Verordnungen:

Code	Name	Bemerkungen
AF	Afghanistan	
AM	Armenien	
AO	Angola	
BD	Bangladesch	
BF	Burkina Faso	
BI	Burundi	
BJ	Benin	
BO	Bolivien	

Code	Name	Bemerkungen
BT	Bhutan	
BW	Botsuana	ab 1.10.2014 bis 31.12.2015 (EU VO 1015/2014)
CD	Demokratische Republik Kongo	
CF	Zentralafrikanische Republik	
CG	Kongo	
CI	Côte d'Ivoire	ab 01.10.2014 (EU VO 1015/2014) bis 31.12.2018 (EU VO 2018/148)
CK	Cookinseln	
CM	Kamerun	ab 01.10.2014 (EU VO 1015/2014) bis 31.12.2016 (EU VO 2015/1979)
CN	China	bis 31.12.2014 (EU VO 1421/2013)
CO	Kolumbien	bis 31.12.2015 (EU VO 1015/2014)
CR	Costa Rica	bis 31.12.2015 (EU VO 1015/2014)
CV	Kap Verde	
DJ	Dschibuti	
EC	Ecuador *)	bis 31.12.2014 (EU VO 1421/2013)
ER	Eritrea	
ET	Äthiopien	
FJ	Fidschi	ab 01.10.2014 (EU VO 1015/2014) bis 31.12.2016 (EU VO 2015/1979)
FM	Mikronesien	
GE	Georgien	bis 31.12.2016 (EU VO 2015/1979)
GH	Ghana	ab 01.10.2014 (EU VO 1015/2014) bis 31.12.2018 (EU VO 2018/148)
GM	Gambia	
GN	Guinea	
GQ	Äquatorialguinea	bis 31.12.2020 (EU VO 2018/148)
GT	Guatemala	bis 31.12.2015 (EU VO 1015/2014)
GW	Guinea-Bissau	
HN	Honduras	bis 31.12.2015 (EU VO 1015/2014)
HT	Haiti	
ID	Indonesien	
IN	Indien	
IQ	Irak	bis 31.12.2016 (EU VO 2015/1979)
KE	Kenia	ab 01.10.2014 (EU VO 1015/2014)
KG	Kirgisistan	
KH	Kambodscha	
KI	Kiribati	
KM	Komoren	
LA	Laos	
LK	Sri Lanka	
LR	Liberia	
LS	Lesotho	
MG	Madagaskar	
MH	Marshallinseln	bis 31.12.2016 (EU VO 2015/1979)
ML	Mali	

Code	Name	Bemerkungen
MM	Myanmar/Birma	
MN	Mongolei	
MR	Mauretanien	
MV	Malediven	bis 31.12.2014 (EU VO 1421/2013)
MW	Malawi	
MZ	Mosambik	
NE	Niger	
NG	Nigeria	
NI	Nicaragua	bis 31.12.2015 (EU VO 1015/2014)
NM	Namibia	ab 1.10.2014 bis 31.12.2015 (EU VO 1015/2014)
NP	Nepal	
NR	Nauru	
NU	Niue	
PA	Panama	bis 31.12.2015 (EU VO 1015/2014)
PE	Peru	bis 31.12.2015 (EU VO 1015/2014)
PH	Philippinen	
PK	Pakistan	
PY	Paraguay	bis 31.12.2020 (EU VO 2018/148)
RW	Ruanda	
SB	Salomonen	
SD	Sudan	
SL	Sierra Leone	
SN	Senegal	
SO	Somalia	
SS	Südsudan	
ST	São Tomé und Príncipe	
SV	El Salvador	bis 31.12.2015 (EU VO 1015/2014)
SY	Syrien	
SZ	Swasiland	ab 01.10.2014 (EU VO 1015/2014) bis 31.12.2018 (EU VO 2018/148)
TD	Tschad	
TG	Togo	
TH	Thailand	bis 31.12.2014 (EU VO 1421/2013)
TJ	Tadschikistan	
TL	Timor-Leste	
TM	Turkmenistan	
TO	Tonga	bis 31.12.2016 (EU VO 2015/1979) ab 1.1.2017 (EU VO 2017/217)
TV	Tuvalu	
TZ	Tansania	
UA	Ukraine	bis 31.12.2017 (EU VO 2017/217)
UG	Uganda	
UZ	Usbekistan	
VN	Vietnam	
VU	Vanutu	

Code	Name	Bemerkungen
WS	Samoa	
YE	Jemen	
ZM	Sambia	

A.2.3 ÜLG Staaten

Auf Grundlage des Beschlusses des Rates Nr. 2013/755/EU vom 25. November 2013 (ABl. Nr. L 344 vom 19.12.2013) werden nachfolgend angeführte Staaten als „ÜLG Staaten“ bezeichnet:

- Anguilla
- Aruba
- Britische Jungferninseln
- Britisches Territorium in der Antarktis
- Britisches Territorium im Indischen Ozean
- Falklandinseln
- Französisch-Polynesien
- Französische Süd- und Antarktisgebiete
- Grönland
- Kaimaninseln
- Montserat
- Neukaledonien und Nebengebiete
- Niederländische Antillen: Bonaire, Curacao, Saba, St. Eustatius, St. Maarten
- Pitcairnsinseln
- Saint-Barthélemy
- St. Helena, Ascension, Tristan da Cunha
- St. Pierre und Miquelon
- Südgeorgien und Südliche Sandwichinseln
- Turks- und Caicosinseln
- Wallis und Futuna.

Sofern diese Staaten alle Bedingungen der vorgenannten Beschlüsse erfüllen gewährt die EU einseitig Zollpräferenzen für Ursprungswaren (Präferenznachweis: Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder Erklärung auf der Rechnung).

Hinweis:

Obwohl es sich um eine einseitige Maßnahme handelt, können Präferenznachweise (WVB EUR.1, Ursprungserklärung) für Ausfuhren aus der EU in die ÜLG Staaten auch für Fertigwaren (nicht nur für Kumulierungszwecken) ausgestellt werden, da einzelne ÜLG Staaten (derzeit Neukaledonien, Französisch Polynesien und St. Pierre und Miquelon) für Ursprungswaren der EU freiwillig (kein Rechtsanspruch) eine Präferenzbegünstigung anlässlich der Einfuhr gewähren.